

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4221

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4221



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

JAHRES-MEDIENKONFERENZ VOM 9. JANUAR 2023

Daniel Lampart, Sekretariatsleiter und Chefökonom SGB

Faire Löhne und weniger Stress am Arbeitsplatz

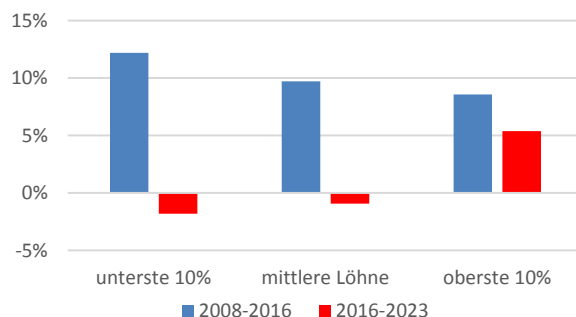
Nach zwei Jahren Corona-Krise mit enormen Unsicherheiten und Einkommensausfällen durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit hellte sich die Lage für die Arbeitnehmenden im letzten Jahr endlich wieder auf. In den Lohnverhandlungen zeigte sich jedoch, dass die Arbeitgeber zwar die Preise erhöhten, bei den Löhnen aber kleinlich budgetierten. Gleichzeitig lancierten sie im Monatstakt neue Forderungen für eine Ausweitung der Arbeitszeiten. Die Arbeitnehmenden sollen möglichst verfügbar sein, aber gleichzeitig wenig kosten.

Kaufkraftprobleme bei den Reallöhnen und wegen der Prämienlast nur teilweise gelöst

Trotz der kleinlichen Haltung verschiedener Arbeitgeber ist es in diversen Branchen gelungen, die Löhne auf 2023 spürbar anzuheben. Erstmals seit über 10 Jahren dürfte die Mehrheit der Lohnerhöhungen auch wieder generell erfolgt sein. Damit gab es auch bei den Löhnen langjähriger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder eine Bewegung nach oben. Allerdings steigen die Löhne zu wenig, um die Teuerung und den Lohnrückstand auszugleichen. Die Berufstätigen mit unteren und mittleren Löhnen haben heute real weniger Lohn als 2016. Aufwärts ging es hingegen bei den obersten 10 Prozent. Die Lohnschere hat sich wieder geöffnet, wie der heute veröffentlichte SGB-Verteilungsbericht zeigt.

Anstieg der Reallöhne nach Lohnklassen

(real, in Prozent)

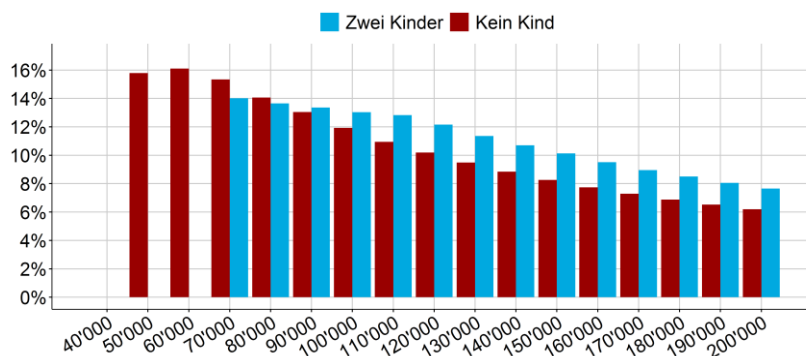


Quelle: BFS, Berechnungen SGB

Dazu kommt, dass der Prämienchock bei den Krankenkassen von 6.6 Prozent einmal mehr stärker ausfällt als die Lohnerhöhungen und die Aufstockung der Prämienverbilligungen. 2023 wird ein Paar mit 2 Kindern erstmals 1000 Franken im Monat für die Prämien zahlen müssen, selbst wenn es ein HMO-Modell gewählt hat. Familien und Paare mit unteren und mittleren Einkommen geben 13 bis 16 Prozent ihres Bruttoeinkommens für Krankenkassenprämien aus (Standardprämie und -franchise). Der Bundesrat hat bei der Einführung des KVG in den 1990er-Jahren versprochen, dass niemand mehr als 8 Prozent des steuerbaren Einkommens für die Prämien zahlen soll. Das würde für eine Familie eine Prämie von 4 bis 6 Prozent des Bruttoeinkommens bedeuten. Weil Bund und Kantone diese Versprechen bei den Prämienverbilligungen nicht eingelöst haben, ist die Belastung heute zwei bis drei Mal höher.

Ausgaben für Krankenkassenprämien in Prozent des Bruttoeinkommens

(nach Prämienverbilligungen, Haushalte oberhalb der Sozialhilfeschwelle)



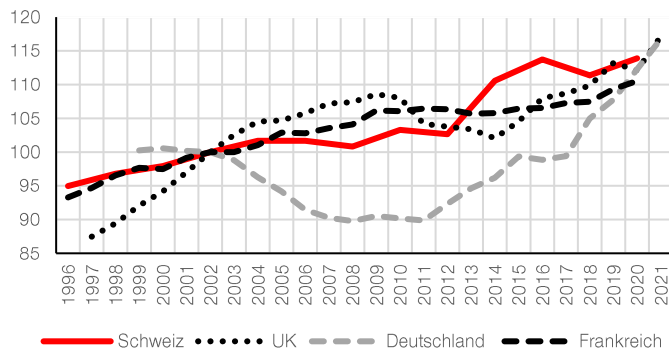
Quelle: BFS, BAG, Kantone, Berechnungen SGB (s. SGB-Verteilungsbericht 2023)

Bessere Lage der Berufstätigen dank Gesamtarbeitsverträgen und Gewerkschaftsarbeit

Dank den Gesamtarbeitsverträgen GAV mit Mindestlöhnen, den gewerkschaftlichen Lohnkampagnen und den Flankierenden Massnahmen steht die Schweiz heute in mehrfacher Hinsicht besser da als andere Länder. Trotz Frankenaufwertung und Lohndruck gelang es, die Tieflohnsituation zu entschärfen. Die Mindestlohnkampagne «keine Löhne unter 4000 Franken» hat ihre Spuren hinterlassen. Weniger Menschen müssen heute zu einem Tieflohn arbeiten als noch vor 10 Jahren. Allerdings stellt die ungenügende Lohnentwicklung in jüngster Zeit einen Teil dieser Fortschritte wieder in Frage. In anderen Ländern wie Deutschland oder dem Vereinigten Königreich sind die untersten Löhne jüngst real stärker gewachsen.

Reallöhne der untersten 10 Prozent: Entwicklung

(2002=100, Grenze des untersten Dezils, Stundenlöhne, real)

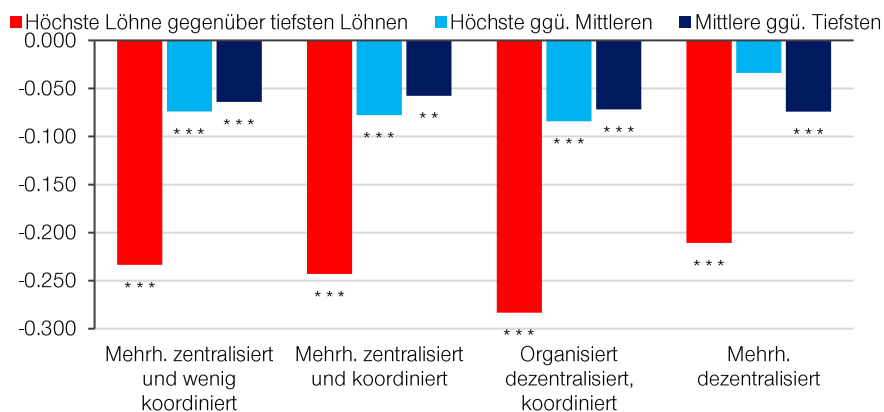


Quelle: Nationale statistische Ämter

Gute Gesamtarbeitsverträge und aktive Gewerkschaften sorgen weltweit dafür, dass die Löhne ausgeglichener verteilt werden. Sie verhindern Dumping und Lohndiskriminierung. Die neuere ökonomische Forschung zeigt auch, dass diese Verbesserungen bei den Löhnen in der Regel nicht zu mehr Arbeitslosigkeit führen, wie die heute veröffentlichte Analyse des SGB zeigt. Weil die GAV verhindern, dass sich schwarze Schafe unter den Firmen Vorteile auf Kosten der korrekten Arbeitgeber verschaffen. Und weil GAV auch Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und andere Vorteile enthalten, können sie zu einer besseren Arbeitsqualität und einer höheren Produktivität führen.

Auswirkungen von GAV auf die Lohnverteilung

(Abweichung von der Lohnverteilung ohne GAV)



Quelle: OECD (s. SGB-Dossier)

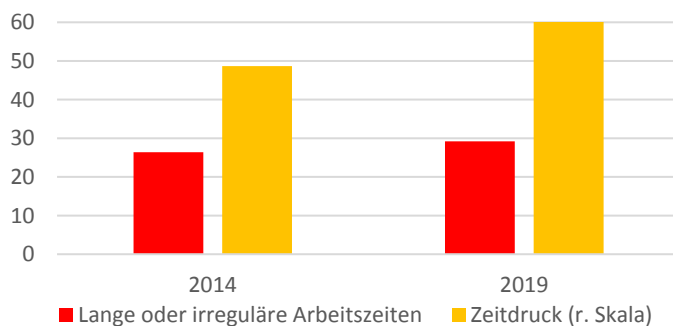
Bei den Löhnen muss es aufwärts gehen. Ein Viertel aller Berufstätigen mit einer Lehre hat weniger als 5'000 Franken Lohn im Monat. Und der Tieflohnsektor wächst in der reichen Schweiz sogar wieder. Rund 500'000 Berufstätige haben einen Lohn von weniger als 4'500 Franken pro Monat – bei einer Vollzeitstelle. Rund ein Drittel von ihnen hat eine Lehre abgeschlossen. Offensichtlich garantiert auch eine drei- oder vierjährige Ausbildung keinen Schutz mehr vor Dumpinglöhnen. Frauen verdienen immer noch 18 Prozent weniger als Männer. Die Hälfte von ihnen hat ein Monatseinkommen von weniger als 4'500 Franken (x12).

Arbeitszeitverkürzungen sind nötig – Angriffe der Arbeitgeber auf die Ruhezeiten sind schädlich und unzeitgemäss

Politisch sind die Arbeitnehmenden und ihre Arbeitsbedingungen seit einiger Zeit regelmässig Angriffen ausgesetzt. Parlamentsvorstösse aus Arbeitgeberkreisen wollen die Erholungs- und Ruhezeiten im Arbeitsgesetz verkürzen. Sie wollen Nacht- und Sonntagsarbeit ausweiten – neuerdings auch unter dem Vorwand der Energiemangellage. Oder sie wollen die Existenzminima der kantonalen Mindestlöhne unterlaufen.

Politisch müsste es jedoch in die Gegenrichtung gehen. Die Lage der Arbeitnehmenden in den Firmen gibt Anlass zur Sorge. Das geben selbst die Arbeitgeber in Umfragen zu. Knapp 30 Prozent der Schweizer Firmen sagten im Rahmen der ESENER-Umfrage, dass bei ihnen lange und irreguläre Arbeitszeiten ein Gesundheitsrisiko sind – Tendenz steigend. Und rund 60 Prozent der Firmen machen sich Sorgen über den Zeitdruck bei ihren Mitarbeitenden.

Firmen mit gesundheitlich riskanter Situation bei den Arbeitszeiten und der Arbeitsbelastung (Selbstdeklaration, Anteil in Prozent)



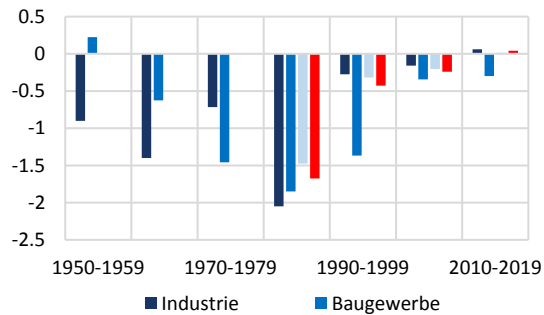
Quelle: ESENER

Viele Berufstätige reduzieren daher ihr Arbeitspensum – sofern sie es sich finanziell leisten können. Ein anderer, wichtiger Grund für Teilzeitarbeit sind Kinder oder andere Betreuungspflichten. Eine Vollzeitstelle ist für viele Berufstätige mit Betreuungsaufgaben angesichts der hohen Arbeitszeiten in der Schweiz und der ungenügenden finanziellen Unterstützung von Kita-Plätzen durch die öffentliche Hand nicht möglich.

Die Arbeitgeber haben sich in den letzten 30 Jahren jedoch kaum mehr an der Arbeitszeitverkürzung beteiligt. Bis 1990 reduzierten sie die betriebsübliche Arbeitszeit alle 10 Jahre um 1 bis 2 Stunden – bei gleichem Lohn. Seither müssen die Arbeitnehmenden die Arbeitszeitverkürzungen selber bezahlen – mit Teilzeit und weniger Lohn. Die Arbeitgeber haben sich daraus verabschiedet. Der Teilzeitanteil ist von 1991 bis 2020 von 25 auf 37 Prozent gestiegen. Bei den Männern hat er sich sogar verdoppelt. Viele können sich die Teilzeit aber finanziell nicht leisten.

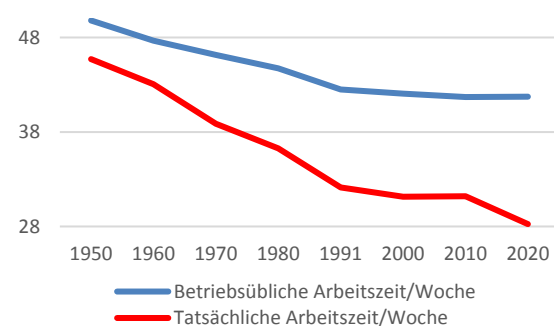
Betriebsübliche Arbeitszeit

(Veränderung pro Jahrzehnt in h/Woche)



Betriebsübliche und tatsächliche Arbeitszeit

(Stunden pro Woche)



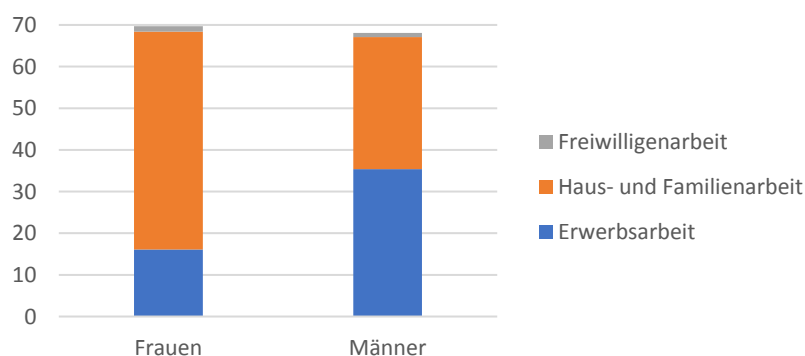
Quelle: BFS

Mittlerweile ist fast jede dritte berufstätige Person «ziemlich» oder «sehr» erschöpft. Das ist nicht nur für die Betroffenen eine leidvolle Entwicklung. Sondern psychische und körperliche Belastungen verursachen auch Gesundheitskosten¹. Diese zahlen vor allem die Arbeitnehmenden und die Allgemeinheit, weil die Arbeitgeber keinen Beitrag an die Krankenversicherung zahlen müssen. Schätzungen zeigen, dass die stress- und arbeitsbedingten Gesundheitskosten mehrere Milliarden Franken betragen.

Arbeitgeberkreise argumentieren, dass die Verlängerung der Arbeitszeiten bzw. die Verkürzung der Erholungs- und Ruhezeiten im Arbeitsgesetz die Vereinbarkeit von Beruf- und Familie erleichtern würde. Indem Eltern beispielsweise nach einem strengen Tag erneut am Computer arbeiten, wenn die Kinder endlich im Bett sind. Angesichts der strengen 70-Stunden-Woche von Eltern mit Kindern zwischen 0 und 14 Jahren ist diese Vorstellung ziemlich weltfremd. Die meisten Eltern sind heutzutage froh, wenn sie endlich mal eine Stunde für sich haben.

Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit und Freiwilligenarbeit

(Stunden pro Woche)



Quelle: BFS

¹ Gemäss Tompa et al. (2021) betragen die Heilkosten für berufsbedingte Krankheiten und Unfälle in EU-Ländern rund 0.3 bis 0.4 Prozent des BIP. Zieht man die Heilkosten für Berufsunfälle in der Schweiz von jährlich rund 600 Mio. Fr. ab, so würden sich die direkten Kosten der Krankheiten auf mehr als 2 Mrd. Fr. belaufen (<https://bmcpublichealth.biomedcentral.com/articles/10.1186/s12889-020-10050-7#Tab1>). Zusammen mit Abwesenheiten (indirekte Kosten) kommt man auf wesentlich höhere Beträge. Die Schätzungen liegen zwischen über 5 bis gegen 20 Mrd. Fr.

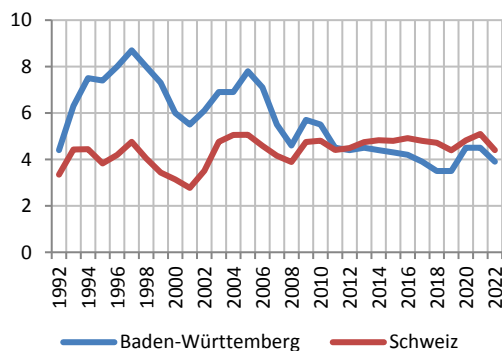
Kaufkraft prägend für Konjunkturlage – Franken nach wie vor überbewertet

Die konjunkturellen Aussichten haben sich wieder etwas verbessert. Ein Schlüsselfaktor ist momentan die Lohnentwicklung. Die Kaufkraft muss weltweit mit der Produktion Schritt halten, sonst fehlt die Nachfrage. Positiv ist, dass die Löhne in den meisten Ländern spürbar gestiegen sind, negativ jedoch, dass sie nach wie vor hinter der Teuerung zurückbleiben. Dazu kommen verschiedene Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der Invasion Russlands in die Ukraine oder der anhaltenden Corona-Pandemie im wirtschaftlich bedeutenden China. Wir rechnen fürs kommende Jahr mit einer Teuerung von 2.4 Prozent und einer Arbeitslosenquote von 2.3 Prozent.

Nach wie vor ein Problem ist der Frankenkurs. Im Vergleich zu Baden-Württemberg – einer Region mit einer ähnlichen Wirtschaftsstruktur wie die Schweiz – ist der Franken real immer noch markant überbewertet. Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mittlerweile höher ist als die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg.

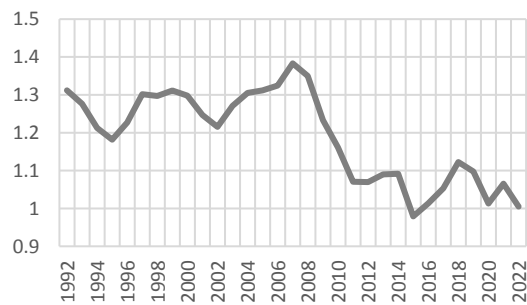
Erwerbslose: CH vs. Baden-Württemberg

(Erwerbslosenquote in Prozent)



«Realer» Franken-Eurokurs CH vs. BW

(Nominaler Kurs korrigiert um Lohnentwicklung)²



Quelle: BFS, SNB, Statistik Baden-Württemberg, Berechnungen SGB

² Weil die Löhne in Baden-Württemberg nominal etwas stärker gestiegen sind als in der Schweiz, ist die reale Aufwertung des Frankens geringer als die tatsächliche, nominale. In der Regel werden die realen Wechselkurse mit den Konsumentenpreisen berechnet. Doch weil diese aufgrund der lokal unterschiedlichen Energiepreise der Privathaushalte stark auseinanderdriften, ergibt das ein stark verzerrtes Bild.

Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen und Forderungen

2023 muss es für die Arbeitnehmenden aufwärts gehen. Sie haben es verdient. Besonderer Handlungsbedarf besteht bei der Lohn- und Einkommenspolitik. Die Topverdiener und die Arbeitgeber werden durch die Abschaffung des Soli-Prozentes bei der ALV sowie durch tiefere Prämien bei Unfallversicherung und den Familienausgleichskassen entlastet. Während die Arbeitnehmenden nicht einmal den vollen Teuerungsausgleich erhielten. Auch bei den Arbeitszeiten braucht es eine Trendwende. Die Arbeitgeber fordern immer neue Ausnahmen bei den Arbeits- und Ruhezeiten – auf Kosten der Arbeitnehmenden, ihrer Gesundheit und ihres Familienlebens. Prioritär sind insbesondere folgende Massnahmen:

- Realloohnerhöhungen, welche der guten Wirtschaftslage Rechnung tragen. Und die Wiedereinführung des automatischen Teuerungsausgleichs in die GAV und die Lohnreglemente.
- Mindestens 5'000 Franken Monatslohn für Berufstätige mit Lehre und mindestens 4'500 Franken für alle.
- Die Aufwertung von Frauenberufen (Pflege u. a.), die nach wie vor schlechter bezahlt sind.
- Mehr Geld für die Verbilligung der Krankenkassenprämien, auch mit Beteiligung der Arbeitgeber. In einem ersten Schritt, indem die Zusatzeinnahmen durch die OECD-Steuerreform bei Bund und Kantonen dafür verwendet werden.
- Eine Beteiligung der Arbeitgeber an den Arbeitszeitverkürzungen – wie das in der Schweiz lange üblich war. Ausreichend Personalressourcen zur Verhinderung von Stress (akut beispielsweise im Gesundheitswesen).
- Planbare, familienfreundliche Arbeitszeiten (Einsatzplanung, Verteuerung von Überstunden u. a.)
- Eine massvolle Geldpolitik: Eine weitere Frankenaufwertung verursacht Lohndruck und Arbeitslosigkeit. Der Nutzen ist hingegen angesichts der sinkenden Teuerung nicht erkennbar.

JAHRES-MEDIENKONFERENZ VOM 9. JANUAR 2023

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Wir brauchen mehr Gleichheit im 175. Jahr der modernen Schweizer Demokratie

Wir beginnen zu verstehen, dass die Konfrontation zwischen Demokratie und Diktatur nicht endgültig gewonnen ist. Das Ende der Geschichte ist noch nicht abzusehen und autoritäre Regime sind wieder auf dem Vormarsch. Um ihre Macht zu erhalten und auszuweiten, setzen sie auf Gewalt und lange Zeiträume und zögern nicht mehr, Demokratien durch Krieg oder propagandistische Manipulation zu destabilisieren. Sie haben jedoch interne Schwächen und sind ausserordentlich mutigen Anfechtungen ausgesetzt, wie man z. B. im Iran sehen kann. Diese internen Widerstände hängen jedoch zum Teil von der Stärke des demokratischen Modells ab. Wenn dieses Modell stark, solidarisch und selbstbewusst ist und dort, wo es existiert, breite Unterstützung findet, dann haben der Widerstandsgeist und der revolutionäre Wind bessere Chancen auf Erfolg. Wenn hingegen Tyrannen und fanatische Barbareien sich auf die innere Schwäche der Demokratien und ihre gebrochenen Versprechen stützen können, ist zu befürchten, dass sie die Oberhand gewinnen.

Wir haben diese Überlegungen im Kopf, wenn wir den traditionellen Bericht des SGB über die Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Schweiz vorstellen. Denn die Frage der Entwicklung der sozialen Ungleichheit in unseren sogenannten westlichen Demokratien ist entscheidend für die Auseinandersetzung, die sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts abspielt. Um es einfach auszudrücken: Um sich als Vorbild zu etablieren, müssen unsere demokratischen Länder aufhören, ihren Reihen den Kampf aller gegen alle in zu organisieren. Diese Produktionsweise erzeugt Jahrzehnt für Jahrzehnt immer mehr Verliererinnen und Verlierer. Die Fortsetzung dieses abgekarteten neoliberalen Spiels war zu Zeiten seiner scheinbaren Hegemonie ungerecht. Angesichts der totalitären und fanatischen Gefahren ist es gefährlich geworden.

In Frankreich ist die Rate der extremen Armut bei Kindern zwischen 2004 und 2019 von 8.7 auf 11.5 Prozent gestiegen, und die Statistik sagt noch nichts aus über das Ausmass der durch die Pandemie und die zu ihrer Bewältigung ergriffenen Massnahmen verursachten Katastrophe. Auch in Deutschland stieg die Armutsquote zwischen 2010 und 2019, einer Zeit wirtschaftlicher Prosperität, stark an, bevor die Pandemie die Situation noch verschlimmerte. In den USA arbeitet ein Drittel der Arbeitnehmenden für weniger als 15 Dollar pro Stunde. Vor diesem Hintergrund entpuppt sich die Lösung, welche die Zentralbanken der USA und Europas zur Bekämpfung der Inflation gewählt haben, als bewusstes Herbeiführen von Rezession und Arbeitslosigkeit. Man könnte sagen: Sie fahren uns gegen die Wand.

In der Schweiz nimmt die Ungleichheit zwischen den reichsten 10 Prozent der Arbeitnehmenden und allen anderen wieder zu, wie unser Verteilungsbericht zeigt, den Daniel Lampart näher erläutern wird. Und der Unterschied vergrössert sich am stärksten bei den ärmsten 10 Prozent der Arbeitnehmenden, deren Realeinkommen seit 2016 sinkt. Auch die Vermögensungleichheit nimmt auf ein obszönes Ausmass zu – die reichsten 10 Prozent verfügen mittlerweile über dreimal so viel Vermögen wie die übrigen 90 Prozent der Bevölkerung.

Dennoch hat die Steuerpolitik bei uns wie auch anderswo diese Ungleichheiten vergrössert, und zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Inflation zurückmeldet und eine Rezession droht, ist in der von der Politik der bürgerlichen Mehrheit keine Wende zu erkennen. Die Krankenkassenprämien müssten gesenkt werden, aber das Gegenteil wird getan. Im Laufe des Jahres 2022 mussten wir gegen weiteren Steuersenkungen für grosse Unternehmen und wohlhabende Kreise kämpfen. Für 2023 deutet alles darauf hin, dass diese ungerechte und gefährliche Politik fortgesetzt wird und wir sie weiter bekämpfen müssen. Wie wir auch für bessere Renten und gegen alle Bestrebungen, diese weiter zu kürzen, kämpfen werden müssen.

Damit unsere Demokratien standhalten können, müssen alle, die in ihnen leben, das Gefühl haben, dass es ihnen gut geht und dass sie eine positive Perspektive für ihre Kinder haben. So einfach ist das. Und diese Garantie gibt es nicht mehr. Wir können das ganze Jahr jammern über den Erfolg der «Populisten», «Verschwörungstheoretiker», oder wie auch immer man es nennen will – aber ein Umfeld, in dem die Massen immer ärmer werden, während sie immer mehr produzieren, ist der ideale Nährboden für solche Spaltungen.

Aus diesem Grund müssen die herrschenden Kräfte in der demokratischen Welt die neue Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung verstehen. Wir sind entscheidende Akteure im Kampf für Gleichheit und gerechte Entlohnung der Arbeit, was uns zu wesentlichen Akteuren jeder Demokratie macht. Daher müssen die Gewerkschaftsarbeit und ihre Akteure geschützt werden, was die Schweiz immer noch nicht tut, da sie die diesbezüglichen Anforderungen der ILO immer noch nicht erfüllt.

Wir legen heute eine Studie über die Bedeutung von Gewerkschaften und die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu diesem Thema vor, die deutlich zeigt, dass gewerkschaftliche Aktivität und Vertretung für die Gesellschaft positiv sind. Ohne die Arbeit unserer Verbände und der Gewerkschaften in der ganzen Welt wäre die einzige Antwort auf die Inflation die Rezessionspolitik der Zentralbanken geblieben. Wir haben in Verhandlungen und Auseinandersetzungen, Branche für Branche Lohnerhöhungen durchgesetzt, die weit über diejenige der vergangenen Jahre hinausgingen. In der Schweiz, mit einer Inflationsrate von 2.8 Prozent im letzten Jahr, haben wir in den GAV-Branchen etwa 2.5 Prozent erstritten. Das ist nicht ausreichend, wenn man den Nachholbedarf berücksichtigt, der noch ein Prozent über der Inflationsrate liegt, aber es ist immerhin fast der Teuerungsausgleich, den die Arbeitgeberverbände grundsätzlich bestritten hatten.

2023 wird die Schweiz 175 Jahre Bundesverfassung und 75 Jahre AHV feiern können. Diese beiden Jubiläen sind miteinander verbunden. Gute Löhne und Renten, die die Arbeit aller angemessen entschädigen, sind ein zentrales Versprechen dieser modernen und demokratischen Schweiz, welche wir feiern werden. Während des feministischen Streiks am 14. Juni und das ganze Jahr über werden wir da sein, um an dieses Versprechen zu erinnern und seine Einlösung einzufordern.



Jahres-Medienkonferenz des SGB: Gewerkschaftliche Offensive im 2023
9. Januar 2023

Der Frauenstreik 2023 hat bereits begonnen

Vania Alleva, Präsidentin Unia / Vize-Präsidentin SGB

2023 wird ein kämpferisches Jahr, denn am 14. Juni ist Frauenstreik. Und der hat bereits begonnen: Denn bei der Gleichstellung geht es neuerdings wieder rückwärts. Rückwärts statt vorwärts bei den Löhnen, bei den Renten und bei der Verteilung der Care-Arbeit.

Rückwärts statt vorwärts bei den Löhnen: Das Einkommen der Frauen ist 43,2 Prozent niedriger als jenes der Männer. Wenn wir es auf alle während des Erwerbslebens geleisteten Arbeitsstunden beziehen. Und: die Lohnschere geht seit 2016 wieder auf: In den Tieflohn-Branchen sind Frauen überproportional vertreten und dort sind die Reallohnverluste am grössten. Kommt dazu, dass sogenannten Frauenberufe wie etwa die Pflege und der Verkauf während der Corona-Pandemie zwar als «systemrelevant» definiert wurden, bis heute aber nicht die nötige ökonomische Anerkennung und Aufwertung erfahren haben.

Rückwärts statt vorwärts bei den Renten: Wir Frauen erhalten im Schnitt einen Drittel weniger Rente als die Männer. Und seit Neustem müssen wir auch noch länger arbeiten. Was nichts anderes bedeutet, als eine zusätzliche Rentenkürzung. Dafür haben mit ihrem Ja zur AHV 21 am 25. September Menschen mit hohem Einkommen und vor allem männliche Stimmende gesorgt. An ebendiesem 25. September begann der Frauenstreik 2023. Und erhält jetzt, mit der BVG-Reform noch mehr Dringlichkeit. Denn in der vorliegenden Form ist sie erneut eine einseitige Abbauvorlage insbesondere auf dem Buckel der Gering- und Normalverdienenden. Also schon wieder auf dem Buckel der Frauen. Was haben uns die Befürworterinnen und Befürworter der AHV-21-Abbauvorlage doch für schöne Versprechen gemacht: Man werde jetzt bei der Zweiten Säule die Situation für die Frauen verbessern. Nichts als leere Versprechen, wie von uns vorhergesagt!

Rückwärts statt vorwärts bei der Verteilung der Care-Arbeit: Es sind die Frauen, die immer noch 5,5 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit leisten. In Franken umgerechnet entspricht diese unbezahlte Arbeit einem Betrag von 315 Milliarden Franken (Jahr 2016, Bericht des Bundesrates/Postulat Samira Marti). Und die Care-Arbeit-Lücke geht weiter auf: Es waren die Frauen, die in der Corona-Pandemie ihr Pensum im Job reduzierten, um noch mehr Familienarbeit übernehmen zu können.

Trotz zweier historischer Frauenstreiks 1991 und 2019 geht es bei der Gleichstellung also eher wieder Rückschritte als Fortschritte. Und das in einer zentral wichtigen politischen Frage

für unser Land. Und für uns Gewerkschaften. Es geht um zentrale und ur-gewerkschaftliche Themen. Um Gerechtigkeit. Deshalb unterstützen wir die feministische Bewegung bei der Organisation des Frauenstreiks 2023.

«Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit»

Wir Frauen sind immer noch hässig. Und unsere Kampfansage lautet: «Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit!» Denn auch die derzeit noch laufende Lohnrunde kann die massive Diskriminierung der Frauen in der Arbeitswelt nicht beseitigen. Lohnverhandlungen, die mit gewissen Arbeitgebern übrigens besonders schwierig waren.

Trotzdem zeigen einige gute Abschlüsse, dass auch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten substanzielle Lohnerhöhungen möglich sind. In einigen Branchen und Betrieben konnten wir den dringend nötigen Ausgleich der Teuerung aushandeln, teilweise auch mehr. Das Gastgewerbe, die Reinigungsbranche in der Deutschschweiz sowie die Uhrenindustrie und einige gewerbliche Branchen sind da positive Beispiele. Für Zehntausende Beschäftigte konnten wir da einen Reallohnverlust verhindern. Viele andere Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände versuchen sich aber leider aus der Verantwortung zu stellen. Und dies trotz gutem Geschäftsgang! Im Detailhandel etwa müssen viele Beschäftigte einen Lohnverlust hinnehmen. Und da arbeiten sehr viele Frauen. Was für ein Frust, wo sie das Geschäft während des Lockdowns doch am Laufen hielten und sich nicht ins Homeoffice zurückziehen konnten!

Insgesamt werden die Lohnerhöhungen wohl bei etwa 2.5% liegen. Für viele, insbesondere auch für all die Arbeitnehmenden, die ungewollt Teilzeit arbeiten, werden Teuerung und die explodierenden Krankenkassenprämien einschneidend sein. Sie leiden unter einschneidendem Kaufkraftverlust. Und das sind überwiegend Frauen.

Teilzeit und Tieflöhne sind weiblich: Rauf mit den Mindestlöhnen!

Tiefe Löhne machen das Leben schwer. Insbesondere Frauen sind davon betroffen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Frauen den Grossteil der unbezahlten Arbeit leisten und Teilzeit arbeiten. Die Folge: Frauen haben weniger Geld und weniger Lebenschancen. Damit muss jetzt endlich Schluss sein! Mehr «Respekt, Lohn und Zeit»: Rauf mit den Frauenlöhnen! Tieflöhne unter monatlich 4000 Franken (mal 13) wie etwa im Detailhandel, in den Kitas, in der Reinigung und in der Pflege sind inakzeptabel. Denn ein 100-Prozent-Lohn muss zum Leben reichen. Wir fordern eine umgehende Anpassung der Mindestlöhnen auf 4000 Franken x 13 als absolutes Minimum. Angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre und der Teuerung braucht es aber eine Anpassung auf 4500 Franken für Ungelernte und 5000 Franken für Arbeitende mit Ausbildung.

Gratisarbeit ist weiblich: Runter mit den Arbeitszeiten!

Derzeit fliehen pro Monat 300 Pflegendе aus ihrem Beruf. Weil sie nicht mehr können. Die Folge: Viele Pflegeeinrichtungen sind stark unterbesetzt, sie schliessen Betten oder ganze Abteilungen. Für die, die im Job bleiben, steigt die Belastung noch mehr an. Und Überlastung führt zu Fehlern bei der Arbeit. Die Pflegequalität sinkt und es droht eine Unterversorgung der Bevölkerung. Trotzdem lässt die Umsetzung der Pflegeinitiative auf sich warten. Es ist ein Skandal, dass Bund, Kantone und Arbeitgeber die Verantwortung für die Umsetzung dieser Initiative seit einem Jahr hin und her schieben. Dabei herrscht längst Notstand: Stress, Druck und mangelnde Ressourcen führen dazu, dass die, die im Job bleiben, ihr Arbeitspensum reduzieren. Sie vollziehen eine Arbeitszeitverkürzung auf eigene Kosten und aus Not. Dabei ginge es auch anders: Das Spital Wetzikon hat es vorgemacht und den Vollzeitstandard für die Pflegenden auf Stationen mit Schichtarbeit von 40 auf 38 Wochenstunden gesenkt. Und in Österreich gilt für den Gesundheits- und Sozialbereich seit letztem Jahr bereits die 37-

Stunden-Woche. Weitere Forderungen zum Pflegenotstand hat die Pflege-Allianz Ende November präsentiert.

Wir fordern «Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit»: Runter mit den Arbeitszeiten bei gleichem Lohn und vollem Personalausgleich! Das ist zentral, denn Tempo und Arbeitsintensität haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Wir sprechen von einer Verdichtung der Arbeit und die wirkt sich negativ auf die Gesundheit der Beschäftigten aus. Als Folge erhöhen sich körperliche und psychische Beschwerden und Erschöpfung, das Burnout-Risiko nimmt zu. Wir brauchen also sowieso eine Verkürzung der Arbeitszeiten und die Schaffung neuer Stellen. Wir brauchen die Arbeitszeitverkürzung aber auch für eine gerechtere Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen. Ja, sie ist die Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern.

Und sie ist auch bezahlbar: Wenn die Arbeitgeber die Produktivitätsfortschritte fairer an die Arbeitenden weitergeben würden. Zwischen 2015 und 2020 stieg die Produktivität um fast 8 Prozent, die Reallöhne hingegen nur um ca. 2,5 Prozent. Da hat es genügend Raum für eine Rückverteilung über mehr Freizeit.

Es stimmt: in gewissen Branchen kann die Arbeitszeit wegen des Fachkräftemangels nicht sofort massiv reduziert werden. Die Arbeitszeiten können aber sofort derart reduziert werden, dass diese Berufe attraktiver würden. Und damit auch zur Behebung des Fachkräftemangels beitragen könnten.

Die Arbeitszeitfrage wird in allen anstehenden GAV-Verhandlungen ein zentrales Thema sein. Zum Beispiel im GAV Uhrenindustrie, der in diesem Jahr neu verhandelt wird. Auch in der Uhrenindustrie arbeiten sehr viele Frauen. Eine der Hauptforderungen der Mitarbeitenden ist hier denn auch die 36-Stunden-Woche. Mit der Arbeitszeitverkürzung muss es auch auf GAV-Ebene vorwärts gehen. Umso schneller, als die rechte Mehrheit im Eidgenössischen Parlament nicht aufhört, mit haarsträubenden Vorstössen eine Aufweichung des Arbeitnehmendenschutzes durchzuboxen.

In diesem Sinne kann ich es hier nur nochmals sagen: Auf zum Frauenstreik 2023: Wir wollen mehr «Respekt, Lohn und Zeit»!